# „Das Regierungsprogramm ist

**Der bekannte Sozialforscher Prof. Dr. Bernd Marin, Gründer und Direktor des Europäischen Büros für Politikberatung und Sozialforschung in Wien, erklärt im Interview, wie er die Auswirkungen der Coronakrise sieht und was das für das österreichische Pensionssystem bedeutet.**

Die Coronakrise stellt die Welt vor gewaltige Aufgaben und macht den Ausnahme- zum Normalzustand. Ausgangsbeschränkungen und -sperren verändern unser gesellschaftliches Zusammenleben. Zudem sind die Langzeitfolgen der Krise derzeit kaum abzuschätzen. Einen Versuch wagt Bernd Marin, einer der führenden Wirtschafts- und Sozialexperten des Landes, trotzdem. Im Interview erklärt der Gründer und Direktor des Europäischen Büros für Politikberatung und Sozialforschung in Wien, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf die Gesellschaft hat und wie angesichts einer Rekordarbeitslosigkeit die Zukunft des heimischen Pensionssystems einzuschätzen ist.

**» Zusätzlich zur Sanierung der ersten Säule ist betriebliche Alterssicherung, wie ich nicht müde werde zu betonen, das Gebot der Stunde.«**

*Prof. Bernd Marin, Europäisches Büro für Politikberatung und Sozialforschung*

**Herr Prof. Marin, Sie haben sich im Lauf Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit auch mit AIDS und Pandemiemanagement beschäftigt. Etliche Länder, die EU, die WHO und andere Institutionen haben sich mit Pandemiesimulationen und Studien, wie im Ernstfall mit solch einer Situation umzugehen ist, beschäftigt. Warum wirkt es so, als ob uns die Krise nun trotzdem unvorbereitet getroffen hat?**

*Prof. Bernd Marin:* HIV und AIDS-Management waren tatsächlich der globale gesundheitspolitische Schock der 1980er- und 1990er- Jahre. Wir haben das für sechs europäische Länder untersucht. Die Welt war völlig unvorbereitet, hat aber – sehr schmerzhaft, mit allzu großen Opfern – langsam damit umzugehen gelernt. Und doch gibt es nach zig Millionen Toten und seuchenbedingten tiefen gesellschaftlichen Umwälzungen bisher nur Safer Sex und mehr Hygiene beim verbotenen Drogenspritzen als Gegenmittel. Nach Jahrzehnten milliardenschwerer Forschung haben wir zwar lindernde Medikamente, aber bis heute 1,8 Millionen AIDS-Tote jährlich, keine Heilung und keinen Impfschutz gegen HIV. Einen solchen Impfschutz erhoffen wir jetzt sehr bald gegen SARS-CoV-2, obwohl es seit 17 Jahren nicht gelang, monoklonale Antikörper oder eine Impfung gegen irgendeines der vielen Coronaviren zu entwickeln. Daher bleiben vorerst weiterhin nur – wie 1918 bei der Spanischen Grippe – Händewaschen und körperlich Abstand halten als einzig nachweisbar wirksame Schutzmaßnahmen.

**Gab es denn keine Vorkehrungen eines Pandemiemanagements gegen ein aggressives und hochinfektiöses Virus?**

Vorbereitungen gegen eine neue SARS-Corona-Pandemie gab es seit 2003 nur in Asien, im deutschen Bundestag seit 2013. Mein Koautor zum AIDS-Management-Buch 1997 hat erst jüngst – geradezu prophetisch – den Ausbruch eines New Asian Corona Virus (NAC) simuliert. Im März 2019 sagte der Epidemiologe Peng Zhou aus Wuhan mit Sicherheit eine sehr baldige neue Corona-Pandemie mit Hotspot in China voraus, bloß der genaue Ort und die Zeit seien noch unbestimmbar. Nur neun Monate später traf das Ereignis wie prognostiziert ein. Und doch hat uns die Covid-19-Erkrankung in der Politik im Gegensatz zur Wissenschaft fast unvorbereitet getroffen. Zwischen der Alarmmeldung vom 31. 12. 2019 aus Wuhan an die WHO und den ersten Maßnahmen in Europa Ende Februar bis Mitte März ging kostbarste Zeit verloren – unfassbare acht bis zehn Wochen fast ohne Vorkehrungen. Sie hätten uns allen den Lockdown ersparen können. Während etwa Taiwan noch am selben Tag seine 124 Präventivmaßnahmen erfolgreich in Gang setzte und die Seuche ohne jeden Shutdown gut in Schach hielt, war in Europa und den USA ein Trauerspiel an Überforderung und Inkompetenz zu beobachten: erst Winterschlaf und Leugnung, dann Schockstarre, die innerhalb weniger Tage in Pandemie-Panik und teils konfuse, teils aufgeklärte Betriebsamkeit kippte.

**Und wie hat Österreich aus Ihrer Sicht diesbezüglich im Vergleich agiert?**

Zweifellos hat Österreich rascher und energischer reagiert als europäische Nachbarn. Aus ostasiatischer Sicht musste es freilich trotzdem wie aus dem frühen vorigen Jahrhundert wirken. Ausgerechnet in Kakanien, wo jeder Kleinbetrieb oder Landgasthof von Arbeitsinspektoren, Marktämtern und Brandschutzbeauftragten zum eigenen „Schutz" bürokratisch drangsaliert wird, gab es noch im März 2020 keinen nationalen Pandemieplan, unzureichend Schutzkleidung für Gesundheits- und Pflegepersonal, kaum relevante öffentlich zugängliche Daten und keine einzige wissenschaftliche Studie mit Ausnahme einiger Modellrechnungen als Entscheidungsgrundlage.

### Prof. Dr. Bernd Marin

Professor Dr. Bernd Marin ist Wirtschafts- und Sozialexperte und gilt als bekannter Kritiker des heimischen Pensionssystems. Die Wirkungsstätten des Wiener Universitätsprofessors reichen dabei von Warschau bis Florenz und von Zürich bis Innsbruck. Gastprofessuren führten ihn dabei um die ganze Welt. Von 2015 bis 2016 war er Direktor (Rektor) der US-amerikanischen Webster Vienna Private University. 2016 gründete er das Europäische Büro für Politikberatung und Sozialforschung in Wien.

# reine Makulatur geworden“

Trotzdem gab sich unsere Regierung stets als streberhafter Musterschüler. Denn man hatte in der Phase des „Hammers“ der Seuchenbekämpfung statt auf „Herdenimmunisierung“ früh und erfolgreich – und sichtbar erfolgreicher als anderswo in Europa – auf „Herdendisziplin“ und „Herdenloyalität“ gesetzt. Zu straucheln beginnt man allenfalls in der Phase des „Tanzes“ und des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus. Hoffentlich wird das Fehlen an Planung, Strategie und Prävention zumindest nachträglich einmal detailliert rekonstruiert und analysiert, um daraus für die nächste Pandemie, die mit Sicherheit kommen wird, lernen zu können.

**Muss man sich angesichts der aktuellen Entwicklungen in Europa Ihrer Meinung nach Sorgen um die Demokratie machen?**

Diese Sorge ist – wie die um unsere Gesundheit, Sicherheit oder auch Innovationskraft – immer angebracht. Nur eine so erfahrene, diktaturerprobte und geschichtsbewusste „Ossi“ als Regierungschefin wie Angela Merkel konnte das Dilemma legitimen Seuchenmanagements auf die demütiggriffige Formel einer Quarantäne als „demokratische Zumutung“ der Herrschenden gegenüber dem Volk bringen. Einen auf ewig unerschütterlichen Schatz an Freiheits- und Sozialrechten gibt es nie. Die Selbstgefährdung jeder Demokratie liegt darin, dass sie auch in akuten Gefährdungssituationen wie Kriegen oder Seuchen nicht „heruntergefahren“ werden kann. Das ist derzeit nochmals viel virulenter, weil Gesundheit als eine Art verweltlichte Ersatzreligion fraglos der unstrittigste aller innerweltlichen Werte ist.

**Könnte die aktuelle Krise aus Ihrer Sicht auch etwas Positives für die Gesellschaft bewirken?**

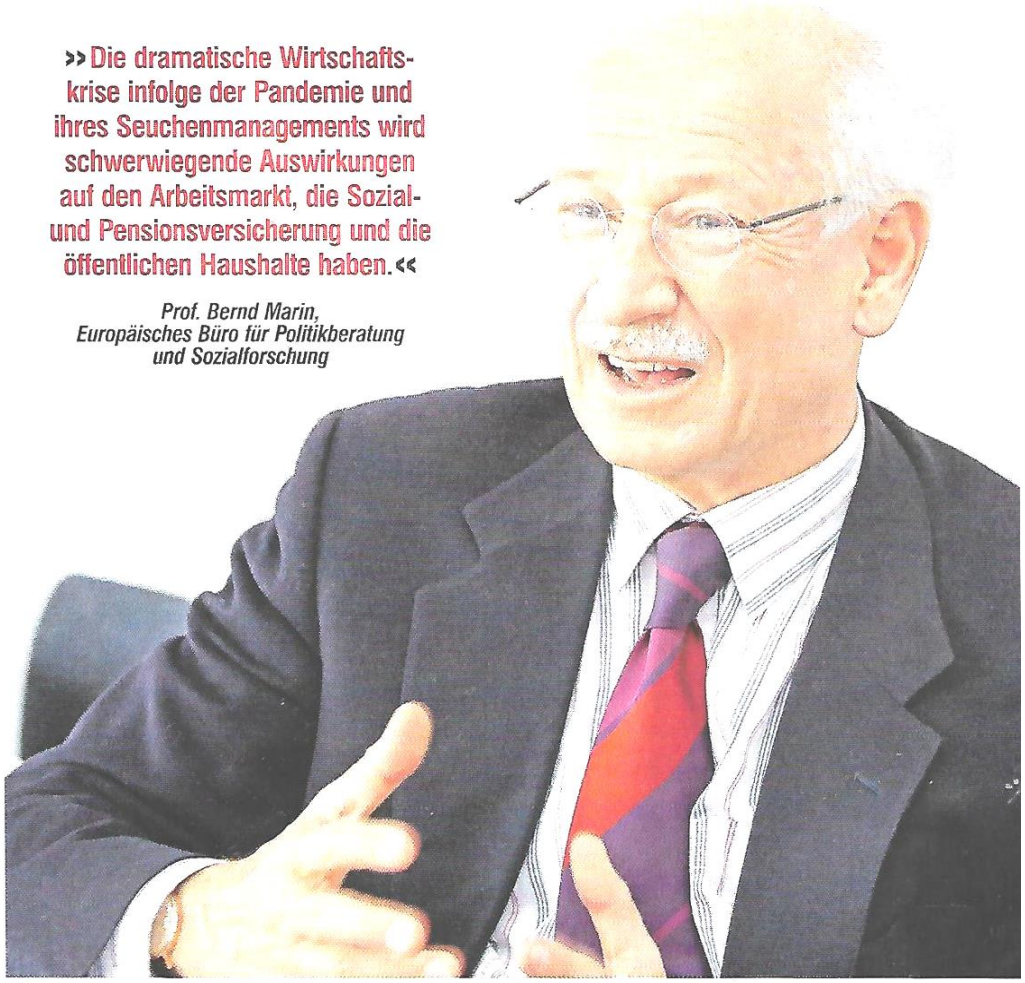
Selbstverständlich. Selbst wenn wir – höchstwahrscheinlich – nicht in der Lage sein werden, rundum nur das Beste aus den neuen Chancen zu machen, wird neben vielen bald wohl wieder rasch verdrängten Kollateralschäden auch viel Kollateralnutzen entstehen. Im Arbeitsalltag sind neue Heimarbeit, Digitalisierungsschübe und Vertrauensgleitzeit bereits eingetreten und nach jahrzehntelanger Blockade auch künftig erwartbar. Das gilt für alle Lebensbereiche, wir werden aus dem Staunen kaum herauskommen.

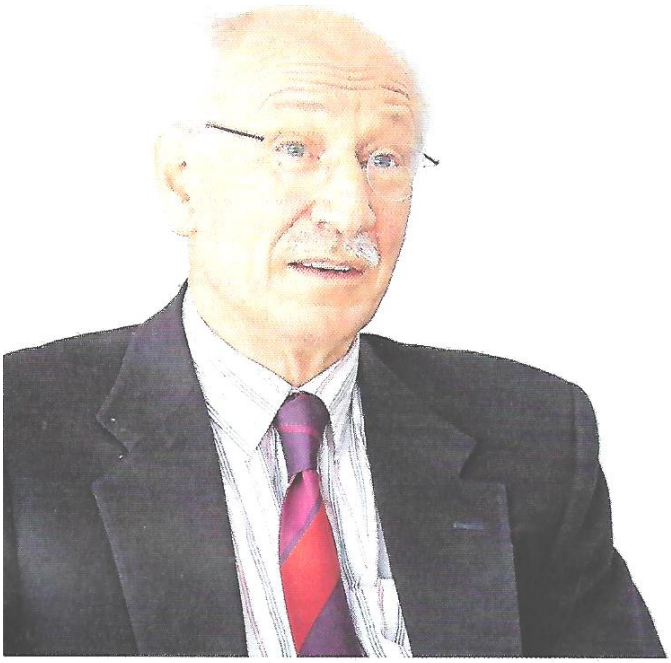
**Neben den aktuell akuten Auswirkungen wird die Krise langfristig aber vor allem negative Spuren hinterlassen. Mit der horrenden Arbeitslosigkeit brechen Versicherungsbeiträge weg, das wird die Pensionen für den Staat zumindest kurzfristig stark verteuern. Wie sehen Sie die langfristigen Auswirkungen?**

Die dramatische Wirtschaftskrise infolge der Pandemie und ihres Seuchenmanagements wird schwerwiegende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Sozial- und Pensionsversicherung und die öffentlichen Haushalte haben. Damit könnte der ohnedies inexistente, weil bereits chronisch unterfinanzierte, quasi intubierte „Pensionstopf“ zusätzlich ausgezehrt werden und rasche Reformen noch dringlicher machen, als sie durch die Babyboomerkrise schon erforderlich werden. Bis 2034 gehen die Jahrgänge 1956 bis 1969, das sind 1,9 Millionen Babyboomer, in den Ruhestand. Es wird dann bald drei statt zwei Millionen

**»Die dramatische Wirtschaftskrise infolge der Pandemie und ihres Seuchenmanagements wird schwerwiegende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Sozial- und Pensionsversicherung und die öffentlichen Haushalte haben.«**

*Prof. Bernd Marin, Europäisches Büro für Politikberatung und Sozialforschung*





Prof. Bernd Marin: „Auch bezüglich der Pensionsprivilegien gibt es unmittelbaren Handlungsbedarf – und auch gute Ansatzpunkte."

**Euro des Budgets in die Pensionen. 2018 musste der Staat knapp 18,6 Milliarden Euro zur Finanzierung zuschießen. Etwa die Hälfte davon floss an ehemals Bedienstete im staatlichen und halbstaatlichen Bereich. Diese profitieren nach wie vor von existierenden Pensionsprivilegien. Wird die Politik im Zuge der Diskussion auch dieses heiße Eisen angreifen müssen?**

Unbedingt, und zwar mehrere heiße Eisen. Erstens zeigt sich im Rückblick einmal mehr schmerzhaft, wie unsinnig die populistische Abschaffung des Pflegeregresses als einzig existierende vernünftige und faire Vermögensbesteuerung wirklich war. Statt eines Beitrags vermögender Erblasser zu ihrer eigenen Pflege haben wir jetzt de facto ein Recht auf pflegefallsichere Erbschaft und eine Erbenversicherung auch für vermögende Erben, aber weiterhin keine Pflegeversicherung. Durch Verfassungsmehrheit ist das höchstwahrscheinlich für immer einzementiert, also eine auf ewig unkorrigierbare Fehlentscheidung – zur verkehrten Umverteilung von unten nach oben, von Armen und allen Steuerzahlern zu Reichen. Zweitens müssten Steuern auf Wohlstand und Reichtum beziehungsweise „Überreichtum" auch Wohlhabende nicht schrecken. Pragmatisch gesehen sollte man auf Vermögenssteuern, die nur sehr kostspielig und strittig eintreibbar beziehungsweise oft kontraproduktiv sind, verzichten und stattdessen lieber Erbschaftsteuern einheben. Entsprechend der sehr viel linkssteileren beziehungsweise rechtsschieferen Ungleichverteilung von Vermögen im Vergleich mit Einkommen müsste diese Erbschaftsteuer sehr hohe Freibeträge und bei Unternehmensübergängen großzügige Stundungen vorsehen. Und mit schmerzlosen Niedrigsteuersätzen beginnen und erst bei Multimillionären und Milliardären und entsprechenden, mitunter exponentiellen Marktlagengewinnen derartig progressiv ansteigen.

**»Durch Verfassungsmehrheit ist das höchstwahrscheinlich für immer einzementiert, also eine auf ewig unkorrigierbare Fehlentscheidung – zur verkehrten Umverteilung von unten nach oben.«**

***Prof. Bernd Marin, Europäisches Büro für Politikberatung und Sozialforschung***

**Aber lässt sich für die Umverteilung von Vermögen jemals politischer Konsens herstellen?**

Viel eher, als wir in traditionellen Schablonen denken würden. Erbschaftsteuern sind keineswegs immer politisch „links". Schon John Stuart Mill, Vordenker des Liberalismus und Befürworter des Leistungsprinzips, propagierte gerade darum sogar 100-prozentige konfiskatorische Erbschaftsteuern, um freiheitsgefährdende Reichtumskonzentration bei jenen, „die nichts zur Entstehung des Vermögens beigetragen" haben, zu unterbinden. Und „rechte", konservativ-liberale Finanzwissenschaftler wie Stefan Homburg plädieren heute dafür, Erbanfälle zu einer achten Einkunftsart der Einkommensteuer zu machen und so Erbschaften und Erwerbsarbeit gleich zu besteuern.

**Und wie sollte man mit den bestehenden Pensionsprivilegien verfahren?**

Auch bezüglich der Pensionsprivilegien gibt es unmittelbaren Handlungsbedarf – und auch gute Ansatzpunkte. Das betrifft sowohl die Ruhegenüsse der Beamten wie auch die sogenannten „Sonderpensionen" oder „Luxusrenten". Die weiterhin vorhandene Bevorzugung aller Beamtenpensionen könnte durch raschere Harmonisierung aller „Ruhegenüsse" im öffentlichen Dienst mit dem ASVG noch vor dem Jahr 2028 oder gar 2042 in Wien bewältigt werden. Hierzu müsste die türkise Neue Volkspartei „nur" über ihre alten schwarzen Schatten des Beamtenklientilismus springen. Und die wahrhaft skandalöse jahrzehntelange schamlos korrupte Selbstbedienung an öffentlichen Kassen in eigener Sache durch „Sonderpensionen" aller Art sollte endlich tatsächlich beendet werden. Sie hat eine neue Klasse von Pensionsmultimillionären im geschützten Sektor von Kammern, Sozialversicherungen, Nationalbank und staatsnahen Unternehmen hochgezüchtet. Zumindest ein spürbarer „Pensionssicherungsbeitrag" aus Solidarität mit allen weniger begünstigten Steuerzahlern, die diese Privilegien auf Jahrzehnte hinaus weiter spendieren müssen, war von den letzten drei Koalitionsregierungen aller Couleurs auch wiederholt versprochen worden, wurde aber bis heute nicht eingelöst.

Sozialer Parasitismus und strukturelle Korruption einiger weniger und nur selten leistungsstarker Spitzenrentiers zulasten der allermeisten Steuerzahler geht insbesondere in Zeiten schwerer Krisen, schmerzlicher Einschränkungen und allgemein erforderlicher Verzichte gar nicht. Umgekehrt: Wenn ein bisschen mehr Fairness und Gerechtigkeit für sozial benachteiligte, aber „systemrelevante" Leistungsträger nicht in Zeiten wachsender Ungleichheit wie diesen hergestellt werden kann, etwa um unseren Pflegenotstand zu beheben, wann dann?

**Vielen Dank für das Gespräch.**

**Online weiterlesen:**
← QR-Code scannen *oder*
www.fponline.at/BM220 *eingeben*